

## Der DGB ist der politische Arm der Gewerkschaften

### Gespräch mit Michael Sommer über DGB, Gewerkschaften und Politik\*



*Michael Sommer, geb. 1952 in Büderich, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, war Stellv. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Stellv. Bundesvorsitzender von ver.di und ist seit Mai 2002 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.*

**Frage: Der DGB hat sich in den vergangenen Jahren stärker verändert als in Jahrzehnten zuvor. Durch „Eingemeindungen“ und Fusionen ist die Zahl der Gewerkschaften im DGB von 16 auf 8 zurückgegangen. Was bedeutet das für den DGB?**

**Michael Sommer:** Die Verallgemeinerungsfunktion des DGB ist noch stärker gefordert als bisher, weil jede Gewerkschaft, ob groß oder mittelgroß, in der Lage ist, Politik zu machen und Lobbyarbeit zu leisten. Aber wenn wir eine in sich konsistente Gewerkschaftspolitik machen wollen, die den Arbeitnehmern insgesamt nützt und die nicht dazu führt, dass jeder versucht, die Interessen seiner speziellen Mitglieder in den Vordergrund zu schieben, sondern eben die Interessen der Arbeitnehmer insgesamt, dann brauchen wir ein einigendes Band. Die Einheitsgewerkschaften mit einem starken Dachverband sind tatsächlich ein Erfolgsmodell. Das unter neuen Bedingungen zu erhalten und zu erneuern, ist eine schwierige, aber lösbare Aufgabe. Ich bin mir absolut sicher, dass es bei den Gewerkschaften die Erwartung an den DGB gibt, seine Verallgemeinerungs- und Mittlerfunktion mit dem Mut wahrzunehmen, bestimmte gesellschaftspolitische Fragen anzugehen. Die Beschlüsse, die wir bei den DGB-Kongressen 1998 und 2002 gefasst haben, sind nach wie vor richtig. Wir müssen sie jetzt mit Leben füllen.

**Sind nicht die Multibranchengewerkschaften wie ver.di, IG Metall, IG BCE ihrerseits schon so etwas wie Dachverbände?**

Sie tun etwas anderes als der Dachverband: Sie nehmen die mitgliedernahe Betreuung wahr, sie machen autonom Tarifpolitik, machen Betriebs-, Unternehmens-, Berufs- und Branchenpolitik. Der DGB ist der politische Arm der Gewerkschaften, der insbesondere auf gesellschaftspolischem Feld agiert und dort die Gewerkschaften vertritt. Klassisches Beispiel dafür ist das Thema Gesundheitsreform, bei dem es uns auf dem DGB-Kongress im Mai 2002 gelungen ist, zu einem einstimmigen Beschluss zu kommen. Natürlich wird auch innerhalb

\* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 19. Juni 2002 in Berlin.

der Multibranchengewerkschaften koordiniert, ich kenne das von ver.di. Aber diese Koordination ersetzt die Koordination des DGB nicht, sie geht ihr, wenn man so will, voraus.

**Um dieser Rolle in der neuen Konstellation gerecht zu werden, muss sich der DGB allerdings aktiv anstrengen?**

Von nichts kommt nichts. Ich habe auf dem DGB-Kongress gesagt: Die einen müssen wollen, das sind wir, und die anderen müssen lassen, das sind die Gewerkschaften. Wenn das ein wechselseitiger Prozess mit Geben und Nehmen ist, wenn der DGB seine Funktion erfolgreich wahrnimmt, wenn die Gewerkschaften sehen, dass es sich lohnt, den DGB zu haben, dann werden gewisse Diskussionen aufhören. Wir müssen beweisen, dass ein starker DGB notwendig und nützlich ist, und ich bin mir sehr sicher, dass wir das auch beweisen können.

**Es gibt wohlmeinende Betrachter, die zu einer gewerkschaftlichen Verfassungsdebatte raten, zu der der DGB die Initiative ergreifen sollte. Was hältst du von solchen Ratschlägen?**

Ich bin sehr dafür, stets und ständig über sich selbst nachzudenken. So gut der Vorschlag gemeint ist, so ungünstig ist der Zeitpunkt, ihn zu realisieren. Eine theoretische Debatte führt uns, glaube ich, nicht weiter. Wir müssen vielmehr an einigen konkreten Stellen sehr genau miteinander diskutieren, wie wir miteinander umgehen wollen. So sehe ich eine ganz wichtige Rolle für den DGB in der europapolitischen Vertretung der deutschen Gewerkschaften. Wir sollten es nicht so machen wie einige Bundesländer, die versuchen, an der Bundesregierung vorbei in Brüssel Lobbyarbeit zu treiben. Das stärkt die deutsche Position nicht. Die deutschen Gewerkschaften haben im EGB ein politisches Gewicht, das sie stärker nutzen sollten. Das ist eine klassische Aufgabe des DGB. Zu den DGB-Aufgaben gehören außerdem z. B. die wechselseitige Information über Tarifpolitik, eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit, eine verbesserte Darstellung der Gewerkschaften insgesamt in der Öffentlichkeit sowie die Rückeroberung der Meinungsführerschaft von den Arbeitgebern.

**Das wohl gravierendste Problem der deutschen Gewerkschaften ist die Mitgliederentwicklung. Es gibt Prognosen, wonach sie bei Fortschreibung des gegenwärtigen Trends in ca. 20 Jahren weniger als 10 Prozent der Arbeitnehmer organisieren würden. Was ist dazu zu sagen, was dagegen zu tun?**

Die Gewerkschaften haben ohne Frage Mitglieder verloren. Das ist mehr als bedauerlich, das muss man ändern. Natürlich ist es für Analyse und Konsequenzen immer wichtig, welche Vergleichszahlen herangezogen werden. Meist wird die Zeit zu Beginn der Deutschen Einheit mit der heutigen verglichen. Damals lag die Beschäftigung in der früheren DDR, den späteren neuen Bundesländern, noch sehr hoch. Seitdem ist viel Beschäftigung weggebrochen und damit auch Gewerkschaftsmitgliedschaft. Aber ich will die Entwicklung keineswegs relativieren. Wir müssen der Werbearbeit insgesamt einen neuen Stellenwert geben, wobei Gewerkschaften zusammenwirken sollten. Ich bin mir jedenfalls sicher, dass wir den Trend wenden können. Ich habe mir vorgenommen, zu einer positiven Mitgliederentwicklung beizutragen. Dazu muss man neues Werbewusstsein bei den Mitgliedern und bei den Funktionären schaffen, dafür muss man sehr konkrete Ziele in die Organisation geben. Man muss auch die Arbeit professionalisieren, denn vieles liegt natürlich daran, wie wir uns darstellen. Wir sind teilweise wirklich nicht attraktiv. Das kann man ändern. Wir sind auch nicht immer hoch angesehen, weil man nicht genau weiß, was wir wollen. Manchmal sind wir auch einfach nicht laut genug. Das will ich z. B. ändern, und ich bin schon dabei.

Am allerwichtigsten scheint mir zu sein, dass wir insgesamt soziale Fragen, soziale Gerechtigkeit wieder so in den Vordergrund rücken, dass jeder diese Themen mit Gewerkschaften assoziiert. Dann haben wir unsere Zukunftsfähigkeit gesichert.

Bei aller Kritik und Selbstkritik will ich allerdings auch sagen: Wir sind viel moderner, wesentlich näher am Puls der Zeit, als uns nachgesagt wird und wir es manchmal selbst glauben. Die Gewerkschaften machen eine hochmoderne Tarifpolitik, die sich etwa an den aktuellen Situationen des Arbeitslebens, den Fragen der Arbeitsorganisation, der Gruppenarbeit, der leistungsorientierten Bezahlung, der Telearbeit orientiert. Wir müssen endlich mehr über das Gute, das wir tun, reden. Wir haben keinerlei Grund, uns zu schämen oder zu verstecken.

**Nur fünf Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland sind zurzeit unter 25 Jahre alt.**

Oh ja, das ist ein großes Problem.

**Warum ist das so? Was ist zu tun, damit die Gewerkschaften, die ja ursprünglich auch eine Jugendbewegung waren, wieder mehr jüngere Mitglieder gewinnen?**

Da gibt es unendlich viel zu tun, und es gibt auch da kein Patentrezept, aber ich will ein paar Facetten nennen. Insbesondere der DGB, darin sehe ich eine seiner ganz wichtigen Aufgaben, muss dafür sorgen, dass es bei jungen Menschen wieder ein grundsätzliches Bewusstsein von Gewerkschaften gibt. In Lehr- und Schulbüchern kommt das Thema Gewerkschaft heute vielfach gar nicht vor. Außerdem müssen wir den Wert von Arbeit wieder thematisieren. Schließlich dürfen wir nicht nur so tun, als ob wir jünger werden wollen, wir müssen es tatsächlich werden. Unsere Angebote müssen so sein, dass junge Menschen sie gern annehmen und zu uns kommen. Erfreulicherweise gibt es eine neue soziale Orientierung bei vielen Jugendlichen, die sich z. B. darin äußert, dass sie sich von attac und ähnlichen Bewegungen angezogen fühlen. Ihnen müssen wir klarmachen, dass die Konstante für soziale Gerechtigkeit, auch in einer globalisierten Arbeitswelt, die Gewerkschaften sind. Wenn wir das ohne modische Gags tun, aber indem wir unsere Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes renovieren, also erneuern, dann werden wir auch attraktiver werden.

Man sollte nicht übersehen, dass es in diesem Land eine Generation gibt, die eine Politik der sozialen Reformen, mit der ich noch groß geworden bin, gar nicht erlebt hat, sondern die 16 Jahre lang ausschließlich die Ära Kohl erlebt hat. Hinzu kommt, dass sehr viele junge Menschen, wohl fast 30 Prozent, überhaupt nicht mehr wissen, was eine unbefristete Arbeit ist. Auf solche veränderten Bedingungen bei jungen Menschen müssen wir eingehen. Damit stehen die Gewerkschaften vor der äußerst schwierigen Aufgabe, einerseits ihre gewohnten Dienstleistungen zu erbringen und andererseits ihr Angebot zu verbreitern. Es gibt kein Patentrezept dafür, wie man junge, ältere und alte Menschen, Frauen und Männer, gleichzeitig gewinnen und begeistern kann.

**In der Frühzeit der Gewerkschaften vor mehr als hundert Jahren waren die Funktionäre bis in die Spitzenpositionen jung bis sehr jung. Das heutige Funktionärskorps dagegen ist bestenfalls mittelalt. Müsste man nicht die Jugend in das Sagen und das Tun aktiv einbeziehen und auch eine entsprechende Personalpolitik betreiben?**

Ich halte das für ausgesprochen notwendig, aber es geschieht auch schon einiges. Das gehört zum Thema „Tue Gutes und rede darüber“. Im ver.di-Bundesvorstand etwa gibt es einige junge Mitglieder, ebenso bei den Ehrenamtlichen. Natürlich schreckt diese mittelalterliche Vollprofiriege den einen oder die andere ab. Dennoch muss der Weg der Verjüngung konsequent und praktisch beschritten werden. Das gilt übrigens auch für die Frauenförderung. Man kann nicht zwanzig Jahre lang darüber reden, ohne dass etwas passiert. Ich habe das Ziel, mehr Führungspositionen beim DGB mit Frauen zu besetzen.

**Es gibt eine Reihe von unterschiedlichen Ratschlägen, wie Gewerkschaften wieder attraktiver und politikfähiger gemacht werden könnten, ich stelle zwei gegeneinander: Manche sagen, sie müssten sich mit Menschenrechtsbewegungen, mit Globalisierungsgegnern zu einer gesellschaftskritischen Kraft zusammenschließen, andere meinen, sie sollten ihre Möglichkeiten im deutschen korporatistischen System dahingehend nutzen, eine massive und grundlegende Modernisierung der Arbeits- und Sozialpolitik herbeizuführen. Welcher Variante neigst du zu oder muss man kombinieren?**

Man muss beides tun, allerdings immer ausgehend von der Rolle der Gewerkschaften. Sie haben nämlich Interessenvertreter für abhängig Beschäftigte, für arbeitende Menschen zu sein, die übrigens in unterschiedlichen Arbeitsformen arbeiten können. Auch der berühmte Arbeitskraftunternehmer oder der Freiberufler muss seinen Platz bei uns finden, wenn er von seiner Arbeit lebt und nicht von anderer Leute Arbeit. Natürlich müssen wir Bündnisse mit sozialkritischen Bewegungen, mit Kirchen eingehen, um die gesellschaftliche Debatte nach vorn zu bringen, und wir müssen der Meinungsführerschaft von Arbeitgebern und Unternehmern in den Medien und in der Politik deutlich entgegen treten. Andererseits sind Gewerkschaften nicht x-beliebige Nicht-Regierungsorganisation, das möchte ich doch mit einem gewissen Selbstbewusstsein sagen. Gewerkschaften sind zwar regierungsunabhängig, aber sie sind auch und gerade Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Diese Unterscheidung sollte man nicht verwischen. Wenn man in diesem Land etwas voranbringen will, geht das nur in Kooperation mit den anderen wichtigen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere den Arbeitgebern und Unternehmern. Das hat übrigens auch, das sage ich jetzt ganz bewusst, etwas damit zu tun, dass Gewerkschaften heute im gesellschaftlichen Bewusstsein schwächer sind, als sie es vor zwanzig oder dreißig Jahren waren. Wer nur meint, er könnte auf klassischen Gegenmachtpositionen beharren, wird zwar gelegentlich eine laute Stimme haben, er wird an der einen oder anderen Stelle womöglich auch mit Kampf etwas durchsetzen können, aber in vielen Bereichen wird er machtlos bleiben. Deswegen bin ich für eine Kombination wie wir sie auch im Grundsatzprogramm festgehalten haben: Gestaltungsmacht, wo es möglich ist; Gegenmacht, wo es notwendig ist.

**Auch wenn es in einem Wahljahr nicht ganz einfach ist über das Thema Gewerkschaften und politische Parteien zu sprechen, würde ich es doch gerne versuchen. Der DGB hat es in seiner Geschichte mit ganz unterschiedlichen Regierungen zu tun gehabt, und mit allen musste er arbeiten und auskommen. In Deutschland hat, wenn ich das richtig sehe, keine Regierung, wie etwa in England, versucht, die Gewerkschaften existenziell zu schwächen. Dennoch gibt es zum Teil historisch bedingte besondere Neigungen und Nähe. Können sich, um es einmal so zu fragen, die Gewerkschaften von einer sozialdemokratisch geführten Regierung generell mehr versprechen als von einer christdemokratisch geführten?**

Es hängt nicht von der Führung ab, sondern von den Möglichkeiten und davon, was die Parteien tatsächlich wollen. Ich finde, dass es auch in Deutschland durchaus Versuche gegeben hat, die Gewerkschaften tief zu treffen, ich denke an den Paragraphen 116 AFG. Ich denke an die klare Positionierung der Regierung Kohl gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung, ich denke an Versuche, gewerkschaftliche Erfolge rückgängig zu machen, wie z.B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Den klassischen Angriff auf Tod oder Leben hat es zwar nicht gegeben, aber eine Politik der Nadelstiche, die unsere Position überhaupt nicht verbessert hat. Es ist ein prinzipieller Unterschied, ob Gewerkschaften bei einer Regierung ein offenes Ohr finden oder lieber von hinten gesehen werden. Und diesen Unterschied erkenne ich zwischen einer konservativ-liberalen Regierung und einer SPD-geführten Regierung. Dahinter steckt die Frage, wohin man dieses Land eigentlich bringen will. Diesbe-

zöglich haben Gewerkschaften und Sozialdemokraten nicht nur gemeinsame Wurzeln, sondern auch viele gemeinsame Werte, die man nicht leugnen sollte. Andererseits muss jede Gewerkschaftsbewegung mit jeder legitimen Regierung zusammenarbeiten oder den Versuch der Zusammenarbeit machen. Da gibt es keinerlei „Wünsch dir was“, sondern es geht darum, was tatsächlich passiert und was nicht passiert. Dabei halte ich mich gern an handfeste Erfahrungen und spekuliere ungern über die Zukunft. Ich gehöre zu den Gewerkschaftern, die auch schon einmal von Sozialdemokraten enttäuscht wurden. Damit meine ich nicht den Bundeskanzler und nicht die vergangenen Jahre, sondern ich meine jenen Rudolf Scharping, der meiner damaligen Gewerkschaft, der DPG, 1994 wirklich in den Rücken gefallen ist. Das werde ich ihm nie vergessen. Damals sind etliche Bezirksvorsitzende aus Protest aus der SPD ausgetreten sind, weil sie nicht glauben konnten, dass ihre Partei sich gegen ihre Gewerkschaft stellt.

Ich übersehe nicht, dass in den vergangenen vier Jahren Ergebnisse, die wir erkämpft hatten, und die unter Kohl abgeschafft worden waren, wieder eingeführt wurden. Es gab außerdem für uns einen prinzipiell leichteren Zugang zur Bundesregierung, es gab den Versuch, ein offenes, ehrliches Bündnis für Arbeit zu machen. Natürlich gibt es auch gute Ansätze bei dem einen oder anderen Unionspolitiker, wobei der Haupttrend dort eher dahin geht, die 16 Jahre Kohl-Politik mit verschärften Mitteln fortzuführen. Und zwischen dem, was in dem so genannten Regierungsprogramm von Edmund Stoiber steht und dem, was etwa der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz äußert, gibt es inhaltlich bemerkenswerte Unterschiede.

**Das Bündnis für Arbeit hat in der Politikkonzeption der rot-grünen Regierung eine erhebliche Rolle gespielt, insbesondere beim Bundeskanzler selbst. Nun scheinen dessen Ergebnisse nach vier Jahren nicht ganz so überzeugend. Sollte es fortgesetzt, müsste es modifiziert werden?**

Ich bin sehr dafür, es fortzusetzen, allerdings als ein wirklich ehrliches Bündnis für Arbeit. Ich habe in Vorbereitung auf den DGB-Kongress noch einmal nachgelesen, wie dieses Bündnis eigentlich entstanden ist. Es gab da zunächst den klaren Vorschlag von Klaus Zwickel auf dem IG Metall-Kongress von 1995. Er hat angeregt, dass Verabredungen getroffen werden, die konkret nachprüfbar zu neuen Arbeitsplätzen führen. So etwas brauchen wir: ein Bündnis für Arbeit, in dem das Verhältnis von Geben und Nehmen klar ist, wo Verabredungen, die getroffen wurden, auch gehalten werden, wo es um das Thema Arbeit geht, in das man ohne Vorbedingungen geht usw. Dass das Bündnis an einigen Stellen nicht erfolgreich war, hat, nach meiner Einschätzung, weder Gerhard Schröder noch Dieter Schulte zu verantworten, sondern die Arbeitgeberverbände konnten oder wollten ihre Zusagen in Sachen Qualifikation oder Förderung von Teilzeit nicht einhalten. Zusagen, die bislang gegeben wurden, sollten dringend eingelöst werden. Wenn die Arbeitgeber stattdessen scheinheilig davon reden, dass irgendjemand außer ihnen das Bündnis für Arbeit an die Wand gefahren habe, ist das bemerkenswert. Da wird nach dem alten Motto verfahren: Haltet den Dieb!

Der Politikansatz, den Gerhard Schröder mit dem Bündnis für Arbeit verfolgt, ist richtig. Auch wir wollen zu gesellschaftlichen Verabredungen kommen, die mehr Arbeit bringen. Es gäbe da viel zu verabreden, vom Insolvenzschutz für geleistete Arbeit bis hin zu konkreten Maßnahmen der Frauenförderung. Aber bei einigen besteht offensichtlich kein Bedarf oder es fehlt der Wille. Ich hoffe, dass der eine oder andere nach den Wahlen wieder zur Besinnung kommt und einsieht, dass wir diesen Weg gehen müssen. Andernfalls wird dieses Land sozial und ökonomisch abgehängt. Das kann niemand wollen, auch die Arbeitgeber nicht. Wenn ich einen Sozialkontrakt vorschlage, dann ist damit mehr als ein Bündnis für Arbeit

gemeint, es geht mir dabei um eine Gesamtstrategie für eine sozial gerechtere Modernisierung Deutschlands. Ein wesentlicher Teil davon ist natürlich die Förderung von Arbeit, etwa von personenbezogenen Dienstleistungen. Ich bin dafür, dass wir Tabus beiseite räumen und z. B. darüber nachdenken, wie wir personenbezogene Dienstleistung so fördern, meinerwegen auch steuerlich, dass existenzsichernde und sozial geschützte Arbeitsplätze entstehen, die mithelfen, den objektiv vorhandenen Bedarf in diesem Lande nach personenbezogenen Dienstleistungen zu befriedigen. Das halte ich für ein Feld von Beschäftigungswachstum, über das man sehr ernsthaft reden sollte. Das ist meiner Einschätzung nach viel mehr wert als Billigjobs, die niemandem und nirgendwo helfen.

**Einrichtungen wie das Bündnis für Arbeit, die es in vielen Ländern gibt, haben, nach den empirischen Erhebungen, wenn sie denn erfolgreich waren oder sind, in irgendeiner Form die Tarifpolitik in ihre Beratungen und Entscheidungen einbezogen. Ist das für Deutschland denkbar, machbar?**

Die Tarifpolitik wird in der Autonomie der Tarifvertragsparteien gemacht und dort sollte man sie auch lassen. Der Staat hat dabei nichts zu suchen, auch nicht in einem Dreierbündnis. Es ist unübersehbar, dass die Tarifvertragsparteien durchaus in der Lage sind, positive Ansätze tarifpolitisch aufzugreifen und zu fördern. Ein Beispiel: Man kann in einer Bündnistrunde verabreden, dass man Überstunden abbaut. Dem müssen dann Tarifverträge folgen, die sicherstellen, dass dieser Abbau von Überstunden durch Freizeit ausgeglichen wird. So kann ich mir das Verhältnis von politischen Verabredungen in Bündnis- und Tarifpolitik vorstellen. Sollte hingegen beabsichtigt sein, im Bündnis Lohnleitlinien zu verabreden, die nur den Arbeitgebern nutzen, die dann anschließend unverbindlich versprechen, darüber nachzudenken, neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann ist das ein Weg, den die Gewerkschaften nicht mitgehen. Diese Vorbedingungen im Hinblick auf Tarifpolitik lassen wir uns niemals, von niemandem und nirgendwo diktieren. Das heißt keineswegs, dass man nicht Verabredungen treffen kann, die die Tarifvertragsparteien dann mit den verschiedensten Mitteln tarifpolitisch flankieren. Aber Tarifpolitik selbst zum Gegenstand im Bündnis für Arbeit zu machen, widerspricht dem Grundgedanken der Tarifautonomie.

**Ein anderes Modell von tripartistischen Gesprächen gibt es in Holland. Es hat zwar an Strahlkraft verloren, ist aber darauf aufgebaut, dass die Beteiligten sozusagen in ständiger Kommunikation miteinander sind. Das sind also nicht so sehr Spitzentreffen, sondern es ist eine Struktur. Wäre das eine Alternative zum deutschen Modell?**

Das Bündnis für Arbeit hatte ja auch zahlreiche Arbeitsgruppen, in denen sehr viele und grundlegende Aspekte diskutiert wurden. In Holland gibt es allerdings eine andere soziale Ausgangssituation. Dort existiert nämlich eine soziale Grundsicherung. Das ist das Fundament, auf dem bestimmte Flexicurity-Strategien aufbauen konnten, also auch Teilzeitstrategien. Teilzeitarbeit bei uns ist dagegen durchweg nicht wirklich existenzsichernd, was sich nicht nur auf das Arbeitsleben auswirkt, sondern auch die Rente nicht sichert. Wer über holländische Erfolge redet, der muss diese Grundvoraussetzungen einbeziehen. Wenn wir über Modernisierungsstrategien, über Eigenverantwortung, über Freiheit reden, müssen wir endlich auch über deren Voraussetzungen sprechen, nämlich die notwendigen Sicherheiten. Das hat nichts mit Bevormundung zu tun, die Gewerkschaften verstehen sich nicht als Reglementierer vom Dienst, sie haben keine Sehnsucht nach Weltverbesserung, sie haben allerdings den Anspruch, den Menschen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sie frei leben können.

**Damit sind wir bei dem Thema, das du in deinem Grundsatzrede beim DGB-Kongress angeschlagen hast, dem modernen Sozialkontrakt. Der Begriff knüpft an große Vorbilder an, etwa an Locke und Rousseau. Kannst du die Eckpunkte eines solch ehrgeizigen Projekts nennen?**

Das will ich gerne tun. Vorweg: Es gibt viele gesellschaftliche Gruppen in diesem Land, auch Parteien, die über Politikstrategien nachdenken, die Standortdebatte war eine Variante, die insbesondere Deregulierung, Flexibilisierung und Marktradikalismus umfasste. Arbeitgeberverbände und Unionsparteien befördern momentan die Diskussion, dass ein Ruck durch unser Land gehen müsse, dass es eine neue Marktwirtschaft geben müsse. Erstaunlicherweise beteiligen sich auch führende Sozialdemokraten daran, aber die werden schon wissen, was sie tun. Mein Gegenentwurf dazu heißt moderner Sozialkontrakt. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Land wirklichen Modernisierungsbedarf haben. Die Arbeitswelt verändert sich, die sozialen Bedingungen verändern sich, die Ansprüche von Menschen an ihr Leben verändern sich. Wir sollten uns darüber verständigen, in welcher Richtung wir dieses Land modernisieren wollen und von welchen Grundlagen aus wir das tun. Daraus sollten wir dann bestimmte Teilprojekte ableiten. Ich habe den Begriff „Sozialkontrakt“ bewusst gewählt, um die Diskussion anzuregen. Der Pragmatismus, der die vergangenen Jahrzehnte dieses Land regierte, muss auch durch eine Vision ersetzt werden und durch den Widerstreit von Ideen. Dieses Land muss sozial endlich wieder zur Besinnung kommen. Die Frage steht nun im Raum, ob es zu einer Amerikanisierung des europäischen Sozialmodells kommt oder zu dessen Renovierung, Erneuerung. Ich bin für die Erneuerung. Als Charakterisierung für diesen modernen Sozialkontrakt gefällt mir ein Bild Claus Offes gut: Er soll eine Art Überdach bilden, eine gesellschaftliche Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen, ein Überdach der sozialen Gerechtigkeit, unter dem beherzt modernisiert werden kann. Und zwar so, dass die Menschen keine Angst haben, morgen oder übermorgen als Verlierer dazustehen. Die Idee wird nun weiter ausgearbeitet und mit konkreten Projekten versehen werden müssen. Wenn das geschehen ist, dann sollte auch in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ darüber debattiert, dann sollte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften ein gründlicher und umfassender Diskussions- und Meinungsbildungsprozess stattfinden. Ich bin von wohlmeinenden Kollegen vorsorglich darauf hingewiesen worden, dass das auch missverstanden und ausgenutzt werden kann. Aber wer nach vorne will, der muss auch ein Risiko eingehen.

**Gehen wir zum Schluss kurz nach Europa. Davon ist bei deutschen Gewerkschaften auch viel die Rede. Ich werde aber den Eindruck nicht los, dass es bei den Taten weniger glänzend aussieht. Müssen nicht viel mehr organisatorische, politische, finanzielle Kompetenzen tatsächlich nach Europa verlegt werden?**

Manchmal habe ich auch den Eindruck, dass wir unseren eigenen Worten nicht glauben. Wenn unsere Auffassung richtig ist, dann stimmt es, dass immer mehr in Brüssel entschieden wird und immer weniger in Berlin und noch weniger in München oder in Wiesbaden. Dann kann die Schlussfolgerung nur sein, dass sich die Gewerkschaftspolitik insgesamt europäisiert und dass wir unser europapolitisches Engagement verstärken. Ich habe in den wenigen Tagen meiner Amtszeit festgestellt, dass auch hier viel mehr geschieht, als mir als stellvertretender ver.di-Vorsitzender bewusst war. Das lag nicht an meinem Desinteresse, sondern daran, dass über vieles, was wir dort tun, zu wenig kommuniziert wird.

Ich halte die Diskussion darüber, die Einzelgewerkschaften zu europäischen Mitgliedsgewerkschaften zu entwickeln, für richtig und notwendig. Außerdem müssen wir die Präsenz des Dachverbandes in Europa stärken, weil wir nur dann weiterkommen, wenn wir mit *einer* deutschen Stimme sprechen. Ich werde mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Geschäfts-

führenden Bundesvorstand auch darüber reden, wie wir unsere europapolitischen Aktivitäten besser miteinander verzahnen können und sie möglicherweise auch personell verstärken. Wir müssen uns jetzt aktiv in die Konventdiskussion über eine neue Europäische Verfassung einmischen. Sie wird momentan mehr oder weniger „geheim“ geführt. Sie interessiert bisher nur einige wenige Experten. Ich prophezeie, dass das nach dem 22. September 2002 anders wird, egal, wer die Wahl gewinnt. Dann wird die Diskussion Fahrt aufnehmen, und dann müssen wir entscheiden, was wir als Gewerkschaften wollen: z. B. an Institutionen, an Machtbalance zwischen ihnen. Es muss gelingen, ein soziales Europa zum Teil dieser Verfassung zu machen. Wenn uns das nicht gelingt, wenn es dabei bleibt, dass es eigentlich nur ein politisches, ein ökonomisches, aber kein soziales Europa gibt, dann hätten wir unser Ziel verfehlt. Das wird ein erster großer europapolitischer Schwerpunkt des neuen DGB-Vorsitzenden werden. Ich werde Kraft und Zeit darin investieren, weil ich das für eine entscheidende Weichenstellung halte. Stellen wir sie nicht mit, hätten wir einen strategischen Fehler gemacht.

**Die letzte Frage bezieht sich auf etwas, wonach man den DGB-Vorsitzenden nicht fragen soll, nämlich die Tarifpolitik. Aber bei der europäischen ist es vielleicht etwas einfacher. Wie sieht es damit aus?**

Ich bleibe dabei, dass die Tarifpolitik Sache der Gewerkschaften ist. Sie wird in Tarifkommissionen demokratisch vorbereitet, zum größten Teil von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die deshalb so wichtig für Tarifpolitik sind, weil die, die sie machen, dann auch den Kopf bei den Kolleginnen und Kollegen hinhalten müssen. Das muss ich nicht. Deswegen hat der DGB-Vorsitzende zwar an der einen oder anderen Stelle eine private Meinung, aber mit Sicherheit keine öffentliche. Es gibt allerdings Punkte, wo wir helfen können, insbesondere auf europäischem Gebiet. Da gibt es Rahmenvereinbarungen. Wir haben jetzt eine abgeschlossen, die Telearbeitstarifverträge in den Mitgliedstaaten fördert. Das ist eine Rahmenvereinbarung oder ein Rahmentarifvertrag, wenn man so will, der abgeschlossen worden ist zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem Arbeitgeberverband auf europäischer Ebene. Ich habe bei meinem Antrittsgespräch mit dem BDA-Präsidenten vereinbart, dass wir eine gemeinsame Initiative von BDA und DGB starten werden, um diese Rahmenvereinbarungen auch in Deutschland auszuführen. Wenn sich nationale und europäische Tarifpolitik so ergänzen, dann scheint mir das für beide von Vorteil zu sein.